

34112 Kassel documenta Stadt

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Soziales, Integration und  
Digitalisierung  
der Stadtverordnetenversammlung  
Kassel

**Kassel** documenta Stadt

8. Mai 2024  
1 von 2

Guten Tag,

zur 3. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und  
Digitalisierung lade ich ein für

**Donnerstag, 16. Mai 2024, 17:00 Uhr,  
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Die Sitzungsunterlagen zu den Tagesordnungspunkten finden Sie im Politischen  
Informationssystem unter folgendem Link: <https://ratsinfo.kassel.de/sdnet4/>

#### **Tagesordnung:**

- 1. Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung**  
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar 2023  
Bericht des Magistrats  
-101.19.706-
- 2. Bericht der neuen Behindertenbeauftragten**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer  
- 101.19.1084 -
- 3. Einladung neue Leitung Jobcenter**  
Antrag der SPD-Fraktion  
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Esther Kalveram  
- 101.19.1099 -
- 4. Einladung neue Leitung Bundesagentur für Arbeit**  
Antrag der SPD-Fraktion  
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Esther Kalveram  
- 101.19.1100 -

- 5. Frauenhäuser**  
Anfrage der SPD-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Esther Kalveram  
- 101.19.1103 -
- 6. Hessischer Pflegebericht 2023**  
Antrag der Fraktion B90/Grüne, CDU und FDP  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Ruth Fürsch  
- 101.19.1107 -
- 7. Teilhabe von Anfang an**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer  
- 101.19.1110 -
- 8. Kostenloser Personalausweis für Bedürftige**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jenny Schirmer  
- 101.19.1111 -

Freundliche Grüße

gez. Norbert Sprafke  
Vorsitzender

Auszug aus der 20. öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
vom 27. Februar 2023

6. März 2023  
1 von 1

---

**Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP  
- 101.19.706 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird gebeten, das in Kassel angesiedelte Kompetenzzentrum für Digitalisierung im ländlichen Raum einzuladen, um seine Arbeit im Ausschuss für Recht, Sicherheit und Digitalisierung vorzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

**Beschluss**

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Einladung des Kompetenzzentrums für Digitalisierung, 101.19.706, wird **zugestimmt**.

---

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann  
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin  
Schriftführerin

**Vorlage Nr. 101.19.1084**

**7. März 2024**  
**1 von 1**

## **Bericht der neuen Behindertenbeauftragten**

### **Antrag**

#### **zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die neue Behindertenbeauftragte der Stadt Kassel wird eingeladen in der nächsten Ausschusssitzung über ihre Arbeitsplanung und ihre wichtigsten Vorhaben für die Restzeit der Kommunalwahlperiode zu berichten.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in:           Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig  
Fraktionsvorsitzende



**Vorlage Nr. 101.19.1099**

18. April 2024  
1 von 1

## **Einladung neue Leitung Jobcenter**

### **Antrag**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten die neue Leitung des Jobcenters in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung einzuladen.

### **Begründung:**

Mit der Einladung der neuen Leitung des Jobcenters verbindet sich die Bitte, über die Herausforderungen des Jobcenters hinsichtlich Betreuung, Beratung, Qualifizierung sowie der Vermittlung in Arbeit der Klient\*innen, welche Bürgergeld beziehen, zu berichten. Gerade auch im Hinblick auf die Umsetzung der Bürgergeldreform.

Außerdem wird um einen Bericht zum aktuellen Stand der Integration von ukrainischen Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gebeten.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordnete Esther Kalveram

gez. Anke Bergmann  
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 1266  
Telefax 0561 787 7130  
buero@spd-fraktion-kassel.de

**Vorlage Nr. 101.19.1100**

18. April 2024  
1 von 1

## **Einladung neue Leitung Bundesagentur für Arbeit**

### **Antrag**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die neue Leitung der Bundesagentur für Arbeit in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung einzuladen.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordnete Esther Kalveram

gez. Anke Bergmann  
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 1266  
Telefax 0561 787 7130  
buero@spd-fraktion-kassel.de

**Vorlage Nr. 101.19.1103**

23. April 2024  
1 von 1

**Frauenhäuser**

**Anfrage**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Betroffene müssen für Schutz vor häuslicher Gewalt für ihren Aufenthalt im Frauenhaus bezahlen?
2. In wie vielen Fällen werden die Kosten nicht von der Stadt oder einem öffentlichen Träger übernommen, sondern von den Betroffenen selbst?
3. Gibt es einen Härtefallfond oder ähnliches, um Betroffenen im Einzelfall Unterstützung zukommen zu lassen?
4. Wie hoch ist der Tagessatz für einen Aufenthalt im Frauenhaus?

Fragesteller/-in:                      Stadtverordnete Esther Kalveram

gez. Anke Bergmann  
Fraktionsvorsitzende

**Vorlage Nr. 101.19.1107**

**Hessischer Pflegebericht 2023**

**Gemeinsamer Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Digitalisierung über den Hessischen Pflegebericht 2023 und seine Auswirkungen auf die Situation in der Stadt Kassel zu informieren.

**Begründung:**

Im Oktober 2023 wurde erstmals der umfassende "Hessische Pflegebericht 2023" veröffentlicht, beauftragt durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration. Dieser Bericht untersucht angesichts der demografischen Entwicklung die zunehmende Anzahl pflegebedürftiger Menschen und den bereits bestehenden Mangel an Pflegekräften. Dabei liegt der Fokus auf der Analyse der Angebotsstruktur auf regionaler Ebene.

Bisher ist jedoch wenig transparent, inwiefern Unterstützungsstrukturen und ergänzende Versorgungsangebote vorhanden und bedarfsgerecht gestaltet sind. Indikatoren sollen den Vergleich zwischen verschiedenen Regionen ermöglichen und eine Bewertung der bestehenden Strukturen ermöglichen. Der Pflegebericht enthält auch Prognosen zur Entwicklung von Bedarf und Angebot bis zum Jahr 2040. Durch Datenanalysen, Experteninterviews, Workshops und die Auswertung von Best Practices leitet der Bericht Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Versorgungslandschaft in Hessen ab.

Berichtersteller/-in:            Stadtverordnete Ruth Fürsch

Christine Hesse  
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Eva Koch  
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

2 von 2

Holger Augustin  
Fraktionsvorsitzender CDU

Sascha Bickel  
Fraktionsvorsitzender FDP

Vorlage Nr. 101.19.1110

29. April 2024  
1 von 1

Teilhabe von Anfang an

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zu veranlassen, dass Menschen bei Antragstellung von sozialen Leistungen, unaufgefordert die Teilhabekarte zugeschickt bekommen.

**Begründung:**

Die Teilhabekarte ermöglicht Ermäßigungen im kulturellen Bereich und den Zugang zur vergünstigten Mittendrinkkarte für den ÖPNV. Da bei der Beantragung von sozialen Leistungen von Antragstellung bis Antragsentscheidung oft mehrere Wochen bis Monate vergehen, erhalten Menschen zwar oft im Nachhinein die Leistungen, aber können nicht Ermäßigungen im Nachhinein geltend machen, weshalb sie in dieser Zeit von sozialer und kultureller Teilhabe oft ausgeschlossen sind. 2023 wurde beim Wohngeld weniger als jeder zweite Antrag innerhalb von zwei Monaten (42,12 %) fertig bearbeitet.

In Bezug auf Anträge zum Wohngeld wurden annäherungsweise 90 Prozent und mehr der Anträge bewilligt (Vorlage Nr. 101.19.1037). Eine konkrete Prozentzahl kann nicht angegeben werden, Ablehnungen resultieren jedoch häufig nicht aus fehlender Bedürftigkeit sondern anderer Zuständigkeit, weshalb der Anspruch auf die Teilhabekarte auch dort gegeben ist.

Darüber hinaus ist die Teilhabekarte immer noch bei vielen unbekannt und die digitale Beantragung für manche eine Hürde.

Die automatische Zustellung der Teilhabekarte ist außerdem ein Signal an Antragsteller\*innen. Gerade bei der Grundsicherung ist bekannt, dass viele Anspruchsberechtigte aus Scham ihnen zustehende Leistungen nicht beantragen. Kassel hat sich vorgenommen mit dem Pakt gegen Armut Menschen zu unterstützen und weg vom Misstrauen hin zur Unterstützung von Armutsbetroffenen zu kommen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig  
Fraktionsvorsitzende

Vorlage Nr. 101.19.1111

29. April 2024  
1 von 1**Kostenloser Personalausweis für Bedürftige****Antrag****zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Integration und Digitalisierung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat weist das Bürgeramt an, bei wohnungslosen Personen grundsätzlich die Gebühren für Erstellung eines Personalausweises zu erlassen. Für andere bedürftige Personen wird die Gebühr um 50 Prozent ermäßigt. Als bedürftig in diesem Sinne gelten Personen, deren Einkommen unter der Pfändungsfreigrenze liegt. Insbesondere Menschen, die auf SGB II oder SGB XII angewiesen sind.

Voraussetzung ist, dass die bedürftige Person sich gegenüber der Sachbearbeiter\*in als solche zu erkennen gibt.

**Begründung:**

Für das Ausstellen bzw. für die Verlängerung eines Personalausweises werden Gebühren von 37 Euro fällig (22,80 Euro für Personen unter 24 Jahren). Wenn andere Behörden oder Konsulate einbezogen werden, kommen noch 30 Euro dazu. Im Paragraph 1 der Personalausweis-Gebührenverordnung (PAuswGebV) steht (Absatz 6): „Die Gebühr kann ermäßigt oder von ihrer Erhebung abgesehen werden, wenn die Person, die die Gebühr schuldet, bedürftig ist.“ Diese kommunale Handlungsmöglichkeit auszuschöpfen, wäre auch in Bezug auf den Kasseler Pakt gegen Armut eine sinnvolle Maßnahme, die von Armut Betroffene effektiv entlasten würde.

Fact-Sheet Personalausweis, BAG Wohnungslosenhilfe:

[https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS\\_23\\_FactSheet\\_Personalausweis.pdf](https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_23_FactSheet_Personalausweis.pdf)

„Armut stört“ Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz 2018:

[https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Einkommen-Armut/Dokumente/2018\\_10\\_Schattenbericht-der-Nationalen-Armutskonferenz.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Einkommen-Armut/Dokumente/2018_10_Schattenbericht-der-Nationalen-Armutskonferenz.pdf)

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Jenny Schirmer

gez. Sabine Leidig  
Fraktionsvorsitzende